

Ogum / 10P 4. t.
FDP Ratsfraktion Neumünster

E.: 29.9.08

Ogum / 1 SR / SR / 00
43 weitere Kopien für die
AR



An den
Herrn Stadtpräsidenten
Friedrich-Wilhelm Strohdiek
Neues Rathaus

24534 Neumünster

29.09.08

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

bitte setzen Sie folgenden **Dringlichkeitsantrag** auf die Tagesordnung der Ratsversammlung am 30.09.08

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Ratsversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, alle geeigneten und rechtlich zulässigen Möglichkeiten auszuschöpfen, um der Internetfirma Google, bzw. Google-Earth die Durchführung ihres Projektes „Street View“ in Neumünster unmöglich zu machen.

Begründung der Dringlichkeit:

Das aufgegriffene Thema hat am letzten Wochenende landesweit und auch überregional Aufsehen erregt. Eine gleichzeitige Initiative möglichst vieler Städte und Gemeinden ist hier unbedingt angebracht. Neumünster sollte sich daran beteiligen.

Begründung in der Sache:

Schleswig-Holsteinische Städte und Gemeinden wollen nach einem Bericht der "Lübecker Nachrichten" das neueste Projekt der Internet-Suchmaschine Google stoppen. Der US-Konzern lässt seit einigen Tagen aus fahrenden Autos heraus Straßen, Häuser und Menschen im ganzen Land fotografieren. Die Bilder des "Street View" genannten Google-Projekts sollen virtuelle Stadtrundfahrten ermöglichen. Datenschützer und Kommunen fürchten dadurch massive Eingriffe in die Privatsphäre der Menschen.

Als erste Gemeinde will Molfsee (Kreis Rendsburg-Eckernförde) dem Internetportal Aufnahmen auf ihren Straßen verbieten. Grundlage sei die Straßenverkehrsordnung. Google brauche eine Sondererlaubnis für die kommerziellen Aufnahmen, so die Rechtsauffassung der Kommune.

Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD) hält die Aufnahmen für "sehr bedenklich". Google würde ohne Einverständnis der Betroffenen personenbezogene Daten im Internet veröffentlichen, sagte die stellvertretende Landesdatenschutzbeauftragte, Marit Hansen.

Reinhard Ruge
und Fraktion